

Einstieg ins Berufsleben selbst in die Hand nehmen

(Fortsetzung von Seite 1)

DUJ: Jeder ist also seines Glückes Schmied!

Dr. Debits: Wenn man es so sagen will. Die Studenten müssen sich darauf einstellen, daß die Vorbereitung auf die Berufspraxis nicht erst im Bewerbungszeitraum beginnt. Jeder sollte die Chance nutzen, auf sich aufmerksam zu machen, sich zu empfehlen. Möglichkeiten dafür bieten sich viele. Wissenschaftliche Tagungen und internationale Kongresse z. B. sind Gelegenheiten, mit eigenen Ergebnissen an die Öffentlichkeit zu gehen. Sich mit eigenen Leistungen darzustellen, das verlangt natürlich auch, den studentischen Anteil an Forschungsleistungen transparent zu machen. Ich denke, es wird schon recht bald so sein, daß Referenzen eines Hochschullehrers für „seinen“ Studenten bei der Bewerbung ins Gewicht fallen. Wir werden uns daran gewöhnen, daß wissenschaftliches Ansehen einer Fachrichtung oder eines Hochschullehrers künftig eine große Rolle spielen. Hier entwickeln sich wissenschaftliche Beziehungen, die immer stärker zum Tragen kommen werden.

DUJ: Künftig entscheidet also vor allem fachliches Leistungsvermögen über gute oder weniger gute berufliche Ein-

stiegchancen. Um noch einmal auf den sozialen Aspekt zu kommen – bleiben dabei nicht unweigerlich Studenten auf der Strecke?

Dr. Debits: Es muß und wird so sein, daß für alle das Recht auf Arbeit gesichert ist. Ansonsten wäre ein Studium vergeblich. Nicht gesichert ist, daß jeder Absolvent künftig einen seiner Ausbildung und seinen Kenntnissen gemäßen Arbeitsplatz findet. In einem solchen Fall wird das Amt für Arbeit weiterhelfen.

DUJ: In diesen Februartagen bzw. im Sommer beendet wieder ein Jahrgang seine Studienzeit. Haben alle einen Arbeitsvertrag in der Tasche?

Dr. Debits: Ja, bis auf einige wenige Ausnahmen haben alle ihren Arbeitsplatz sicher. Die noch offenen Probleme werden geklärt.

DUJ: Wie sieht die Situation für den 86er Jahrgang aus, der unsere Uni 1991 verläßt?

Dr. Debits: Für die 2022 Absolventen stehen im Augenblick 2300 zentrale Angebote zur Verfügung. Hier wird in den nächsten Wochen sicher noch einiges dazukommen; jedoch nicht in Größenordnungen. Damit hat sich das Stellenangebot – verglichen mit dem Vorjahr – um rund ein Drittel vermindert. Formal be-

trachtet ist für jeden Absolventen ein Angebot vorhanden, konkret ist dies jedoch nicht der Fall. Eine breite Auswahl ist damit nicht mehr möglich. Es kann auch durchaus eintreten, daß für eine Stelle mehrere Bewerber vorhanden sind. Dann sollte entscheiden, wer die besseren Leistungen hat. Freilich können gegenwärtig soziale Aspekte (vorhandener Wohnraum z. B.) noch das Leistungsprinzip überdecken.

Wir bitten die Studenten, sich vertrauensvoll an die Verantwortlichen in den Sektionen zu wenden. Hier können sie alle nötigen Informationen erhalten, sich in rechtlichen oder Tariffragen beraten lassen. Unsere Verantwortung ist es, den jungen Leuten möglichst viele Informationen zugänglich zu machen, ihnen damit die Entscheidung zu erleichtern.

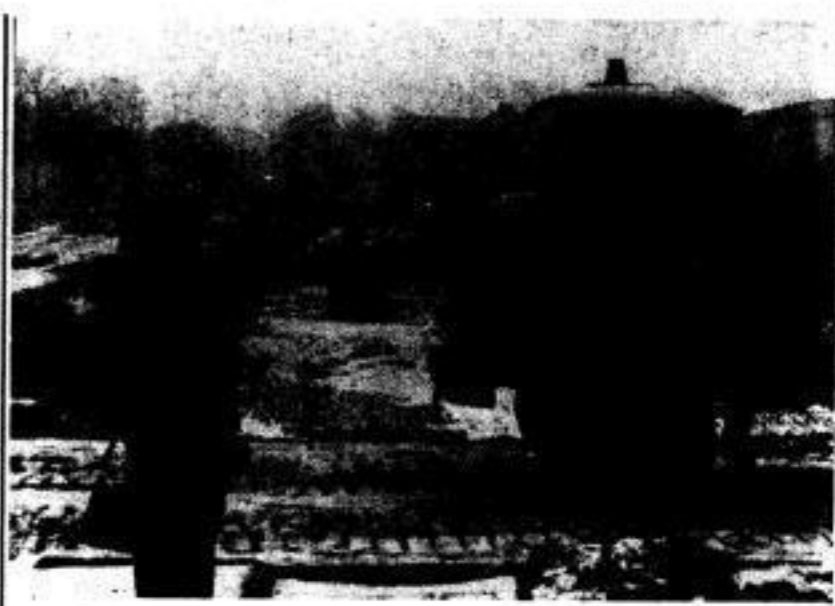
Ich möchte noch darauf verweisen, daß im Ministerium für Bildung eine neue Absolventenregelung erarbeitet wird, die – um nur wenige Stichworte zu sagen – festschreiben wird, daß Arbeitsverhältnisse von Absolventen nicht kündbar sind, eine Einarbeitungszeit garantiert wird.

(Für die Auskünfte bedankt sich Eva Wricke.)

Bauarbeiten am Zelleschen Weg

Auf ihrem Weg zur Universität passieren täglich Hunderte TU-Angehörige diese Baustelle (unser Foto) am Zelleschen Weg. Im vierten Quartal 1989 begannen Kollegen des Komplexen Wohnungsbaus der Stadt Dresden auf diesem Standort mit der Arbeit, und mittlerweile sind die ersten Platten bereits gesetzt. Wie uns Bauingenieur Rudolf Voth, Abteilung Investition des Direktors Technik, informierte, entstehen hier zwei Flachbauten und ein kleineres Gebäude, letzteres vor allem für eine Nutzung als Labor gedacht. Noch im IV. Quartal 1990 soll der erste Flachbau der TU zur Nutzung übergeben werden; der zweite wird dann im I. Quartal 1991 folgen. Das gesamte Bauvorhaben ist eine Ersatzinvestition für jene TU-Baracken, die hauptsächlich von den Sektionen 11 und 15 an der Münchner, Bayreuther oder Nürnberger Straße genutzt werden. Jene TU-Angehörigen, die sich auf einen Umzug an den Zelleschen Weg vorbereiten, werden hoffentlich an ihren neuen Arbeitsplätzen verbesserte Arbeits- und Lebensbedingungen vorfinden. Interessant vielleicht auch dies: Die oben genannten Baracken werden weichen, entstehen sollen Wohnungen für unsere Dresdner Bürger.

Foto: duj/Eckold



Ehrungen

Der Wissenschaftliche Rat der Technischen Universität Karl-Marx-Stadt verlieh am 15. 9. 1989 Herrn Prof. Dr. sc. nat. Rudolf Knöner die Würde eines doctor rerum naturalium honoris causa (Dr. rer. nat. h. c.) in Anerkennung seiner besonderen wissenschaftlichen Verdienste auf dem Gebiet der Experimentalphysik.

Der Wissenschaftliche Rat der Ingenieurhochschule Berlin-Wartenberg verlieh am 30. 11. 1989 Herrn Prof. (em.) Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Werner Gruner die Würde eines doctor honoris causa (Dr. h. c.) in Anerkennung seiner besonderen wissenschaftlichen Verdienste auf dem Gebiet der Experimentalphysik.

Der Wissenschaftliche Rat der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock verlieh am 12. 10. 1989 Herrn Prof. (em.) Dr.-Ing. habil. N. Joachim Lehmann die Würde eines doctor honoris causa (Dr. h. c.) in Anerkennung seiner Pionierleistungen auf dem Gebiet der maschinellen Rechentechnik sowie seines wissenschaftlichen Wirkens zur Entwicklung und Anwendung der modernen Rechentechnik und der Heranbildung der Informatik in der DDR.

Der Wissenschaftliche Rat der Technischen Universität Budapest verlieh am 4. 12. 1989 Herrn Prof. Dr. sc. techn. Kurt Milde die Würde eines doctor honoris causa (Dr. h. c.) in Anerkennung seiner wissenschaftlichen Leistungen auf dem Gebiet von Theorie und Geschichte der Architektur.

Die Gesellschaft für Informatik e. V. der Bundesrepublik Deutschland, Sitz München, verlieh am 16. 10. 1989 Herrn Prof. (em.) Dr.-Ing. habil. N. Joachim Lehmann die Konrad-Zuse-Medaille für Informatik in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Entwicklung der Informatik.

Rektor und Senat des Wissenschaftlichen Rates unserer Universität beglückwünschten die genannten Professoren zu diesen hohen Ehrungen und sprechen ihnen den Dank für ihren Beitrag zur Stärkung des Ansehens und des internationalen Rufes der TU Dresden aus.

Dr. Dimke, Sekretär des Wissenschaftlichen Rates

Für uns völlig neue Horizonte internationaler Kooperation

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Überwindung der Spaltung Europas, die Vertiefung und Ausweitung der Zusammenarbeit der europäischen Länder setzt auch die Mitwirkung der TU Dresden an der Zusammenarbeit der Universitäten Europas in neuer Weise auf die Tagesordnung. Das betrifft mit Vorrang den Studentenaustausch und das gegenseitige Angebot von Studiengängen für Teilstudien und Weiterbildung sowie den gesamten Komplex der erforderlichen Abstimmungen für Äquivalenzvereinbarungen zur Anerkennung von Prüfungsergebnissen. Gegenwärtige Aktivitäten in dieser Richtung sind die Mitgliedschaft der TU Dresden in der Internationalen Gesellschaft für Ingenieurpädagogik (IGIP), die Ausrichtung des 20. IGIP-Kongresses 1991 in Dresden, die Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Europäischen Gesellschaft für Ingenieur- und Technikausbildung (SEFI) und die Mitgliedschaft unserer Universität in der Europäischen Rektorenkonferenz (CRE) seit 1989. Zu erwähnen sind weiterhin unsere Bemühungen um die Vertiefung des Studentenaustausches auf generell der Zusammenarbeit in Aus- und Weiterbildung mit der RWTH Aachen, der Universität Karlsruhe, den Universitäten und Hochschulen der Partnerstadt Hamburg sowie intensiveres Zusammenwirken mit der TU Budapest auf diesem Gebiet. Und schließlich seien Vorbereitungen auf die Teilnahme an EG-Austauschprogrammen wie ERASMUS hierfür als Beispiel genannt. Auf Initiative des Prorektors für Bildung wurde begonnen, den internationalen akademischen Austausch von Studenten und jungen Wissenschaftlern auf neuer Grundlage gezielt zu fördern und zu organisieren. Beim Direktor für Studienangelegenheiten wurde dazu eine

Arbeitsgruppe gemeinsam mit dem Direktorat Internationale Beziehungen und dem Fachbereich Personal gebildet. Sie beginnt ihre Arbeit in Partnerschaft mit den Vertretern des Studentenrates. Zugleich bedeutet das aber auch, daß das Studium ausländischer Bürger an der TU Dresden unter dem Aspekt des breiteren internationalen Austausches einen veränderten Stellenwert erhält. Das sollte bei der Studienreform gebührend beachtet werden.

Unter dem Blickwinkel der Neuprofilierung der wissenschaftlichen Arbeit und der Erhöhung ihrer Effektivität erfahren die internationalen wissenschaftlichen Kontakte und Kooperationsbeziehungen der TU Dresden zunehmend eine Umbewertung. Mit der Demokratisierung an der Universität und der Dezentralisierung von Verantwortung werden wissenschaftliche Kompetenz und juristische Verantwortlichkeit, in wachsendem Maße auch auf internationaler Ebene, in viel größerer Breite als bisher an der Universität gefordert. Die vertragliche Vereinbarung und juristische Sicherung gegenseitiger wissenschaftlicher und ökonomischer Leistungen und Verbindlichkeiten gewinnen an Stellenwert, ein Aspekt, der bei der Reform von Leitung und Verwaltung nicht übersehen werden darf.

Der Ausbau der Beziehungen der beiden deutschen Staaten im Rahmen des europäischen Entspannungsprozesses hat schon bisher, vor allem seit 1988, zu einer raschen Entwicklung der Kontakte und der Kooperationsbeziehungen der TU Dresden mit Universitäten und Hochschulen der BRD geführt. Dazu zählen die konkrete Ausgestaltung der Vereinbarung mit der RWTH Aachen, der Kooperationsvertrag der Hamburger

und Dresdner Universitäten und Hochschulen im Rahmen der Städtepartnerschaft sowie die Anbahnung projektorientierter Kontakte mit den Universitäten Stuttgart und Karlsruhe. In diesem Zusammenhang verweise ich auch auf Bewerbungen von Wissenschaftlergruppen unserer Universität, gemeinsam mit BRD-Partnern, um eine Förderung durch die VW-Stiftung.

Sichtbar werden indessen aber auch neue Kooperationsinteressen traditioneller und neuer Wissenschaftspartner unserer Universität in den USA, in Österreich, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden. Schließen wir in diese Betrachtung noch zahlreiche wertvolle Kontakte mit Partnern in den RGW-Ländern ein, die es durch grundlegende Neugestaltung zu bewahren gilt, dann zeigt sich, daß internationale wissenschaftliche Arbeit im Universitätsalltag zur Normalität wird. Aber seien wir uns stets im klaren darüber, nur auf der Basis eines hohen wissenschaftlichen Leistungsvermögens im einheitlichen Prozeß von Bildung und Forschung, einer ausgeprägten Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit der Wissenschaftler und Studenten haben wir die Möglichkeit, die uns gebotenen Chancen für effektive internationale Zusammenarbeit auch gewinnbringend zu nutzen. Schon allein das läßt uns nur wenig Zeit für die notwendige Neubestimmung der Prioritäten für die wissenschaftlichen Arbeitsrichtungen an der Universität. Zügiges Handeln wird hier entscheidend sein, will die TU Dresden ihren Platz in der internationalen Arena wie gewünscht ausbauen.

Professor Dr. paed. Roland Köhler, Direktor für Internationale Beziehungen

Vielseitiges Schaffen Lohrmanns wird gewürdigt

Mit einem Gedenkkolloquium würdigt unsere Alma mater am 20. Februar 1990, 10.30 bis 16 Uhr im Hörsaal Barkhausenbau 1/90, Leben und Wirken W. G. Lohrmanns anlässlich seines 150. Todestages. Im Mittelpunkt der Würdigung stehen Lohrmanns Arbeiten für den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt zu Beginn der industriellen Revolution in Sachsen. Weiter werden seine Verdienste um die Gründung und Entwicklung der Technischen Bildungsanstalt Dresden gewürdigt.

Biermann an der TU – und viele kamen

Im dichtbesetzten Physikhörsaal begeisterte am 27. Januar 1990 Wolf Biermann Hunderte Konzertbesucher. 13 Jahre nach seiner Ausbürgerung hieß es vor Dresdner Publikum erstmals wieder: Guten Abend, Wolf Biermann. So bot der Künstler neue Balladen, die erst in den letzten Monaten entstanden; Texte, die er in der Zeit des Nicht-hier-Seins geschrieben hat; Lieder, deren Weg er gehen mußte.

Und: Biermann spielte ohne Gage. Die Einnahmen beider Konzerte werden zur Hälfte für den Bau eines Kinderspielplatzes in der Äußeren Dresdner Neustadt verwendet, zur anderen kommen sie der Initiative für eine Vereinigte Linke (VL) zugute, die übrigens gemeinsam mit der „Scheune“ für die Organisation der Biermann-Konzerte verantwortlich zeichnete.

Grimm/Resik
Ausführlich informierte die Dresdner Tagespresse, am 29. und 30. Januar 1990.)

Einig gegen rechts?

Das wollen jetzt alle „verantwortlichen Kräfte“ in der DDR sein. Um den runden Tisch herum werden die Schmierereien am sowjetischen Ehrenmal in Treptow, die Schändungen von Judenfriedhöfen und die Hinterschneidung der DDR durch die Taten von Ewig-Gestrigen, als „Störung der friedlichen Revolution“ und als „Schande für die antifaschistische DDR“.

Als Ungeist in der Politik findet man die Neonazis fürchtbar; als Produkt der neuen Politik der DDR, als einen politischen Willen, will man die Rechtsradikalen nicht zur Kenntnis nehmen. Mittlerweile hat bei den oppositionellen Gruppen und alternativen Parteien eine gewisse Gewöhnung an die „Gefahr von rechts“ stattgefunden. An den Leipziger Demonstranten, die ihren Ruf „einig Vaterland“ mit „rote raus“ verbinden, wollen sie nur noch bemerkt haben, daß die SED die Gefahr aufsucht, um sich an der Macht zu halten.

Die Rechtsradikalen der DDR

Als ob es so schwer wäre, zu sehen, warum jetzt nicht die Überreste der alten, sondern ganz neue, hausgemachte Faschisten im Lande hochkommen. Schließlich hat sich die ganze Nation – von Gysi und Modrow bis zu Eppelmann und der Christenpartei – darauf festgelegt, die großdeutschen Ambitionen der BRD als die einzige Zukunftschance der DDR zu ergreifen. Demonstrativ und tränenselig wurde das Brandenburger Tor geöffnet – das Symbol deutscher Teilung und deutscher Einheit. Mit leicht variierenden, höchsten, wahlkampftauglichen Formulierungen bekennen sich alle Parteien zum Gleichen: zum Anschluß nämlich an den mächtigen Nachbarn und ehemaligen kapitalistischen Feindstaat, der die DDR schon immer schlucken wollte: „Vertragsgemeinschaft“ mit der „Perspektive einer unter Nationalstaaten un-

Post aus München

üblichen Nähe“ (SED/PDS). Heißt das dann „Konföderation“ oder gleich „Wiederherstellung der staatlichen Einheit der Deutschen“?

Dem klaren Bekenntnis zum neuen Weg des nationalen Heils schicken sie dann ihr: „Jetzt nicht, so nicht, noch nicht, nicht gleich ganz ...“ hinterher. Ist es denn ein Wunder, daß sich gute Deutsche da fragen: „Warum eigentlich nicht?“ Wenn schon die Sozialisten ihre Bewunderung für den Reichtum und die Weltgeltung, für Prosperität und Effizienz des kapitalistischen deutschen Staates nicht mehr zügel können, wenn auch sie sich keinen anderen Fortschritt der DDR mehr vorstellen mögen als den kapitalistischen, warum dann nicht gleich: „Keine neuen sozialen Experimente, wenn es das funktionierende Gesellschaftsmodell im Westen schon gibt“?

„Russen raus!“

Die Faschisten wissen Antwort: Die Herstellung des neuen Großdeutschland gelingt „jetzt nicht, so nicht ...“ nur wegen zu großer Rücksichten auf die Ausländer. Speziell „der Russe“ und seine einheimischen Helfershelfer verbauen den Deutschen/Ost die historische Chance, endlich auch für kapitalistische Größe arbeiten zu dürfen. In der Perspektive der Wiedervereinigung erscheinen die Sowjets nicht mehr als Verbündete, sondern als Besatzer. Und die „verantwortlichen Kräfte“ im Lande geben den Rechtsradikalen in der Sache noch recht, wenn sie vor einem zu hohen Tempo der deutsch-deutschen Verschmelzung mit Blick auf „berechtigte Ängste unserer Nachbarn“ warnen oder mit dem Hinweis auf die beiden Weltkriege von einer „historischen Pflicht der Deutschen zur Zweistaatlichkeit“ (Gysi) sprechen.

Wer die Grenze nicht deswegen haben will, weil er ablehnt, was die BRD ist und treibt, wer nicht von einem Interesse an Zweistaatlichkeit reden will, sondern von einer nationalen Pflicht, der macht nur den Realpolitiker gegen die nationalen Träumer, deren Ideen noch nicht verwirklicht sind.

Dann aber sind die Nationalisten der jetzigen Leipziger Demos tatsächlich die konsequentesten Vertreter des gemeinsamen nationalen Ziels, der Realpolitiker bestenfalls ein Schwächling, der vorm Ausland buckelt, oder ein Verräter, der vaterlandlos dessen Sache vertritt. In ihrer Absage an diesen Realismus bekennen die Rechtsradikalen eine Wahrheit: Wer die Wiedervereinigung will, darf das Umstürzen der Weltordnung (mit allen Konsequenzen) nicht scheuen. Dem Kohl trauen sie die Macht und den Willen dazu zu. Beim „Russen raus“ wollen sie ihm helfen.

Gegen rechts – weil Großdeutschland nicht geht oder weil man Kapitalismus nicht will?

Gegen rechts fehlt es an einer Kapitalismuskritik, die in der DDR ausgestoßen zu sein scheint. Fällt denn den enttäuschten Mitmachern von Honeckers Sozialismus nichts Besseres ein, als daß der alte Herr ihnen zuviel Schlampelei bei der Arbeit erlaubt und zu wenig Akkumulation erzwingen hat? Kann es denn sein, daß ein ganzes Volk sich nach einem echten, unausweichlichen Zwang zur Arbeit sehnt, den nur Kapitalisten so schön unwiderrsprechlich organisieren können, weil sie davon überzeugt sind, daß sie ohne eine harte Hand sowieso niemals ordentlich arbeiten würden? Hat

die Planwirtschaft, die keine war und außer ein bißchen sozialer Sicherheit nichts einbrachte, wirklich bewiesen, daß der Mensch die private Ausbeutung braucht? Kann ein Volk, das angeblich eine friedliche Revolution hingelegt haben soll, nicht ein bißchen anspruchsvoller sein, als die Ausbeutung für den sozialen Staat durch eine echt kapitalistische ersetzen zu wollen?

Wenn nicht, dann ist alles klar: Wenn die Bürger der DDR nur eine andere Macht suchen, der sie dienen können, weil ihre alte zu schwach geworden ist, um Respekt einzufößen, dann müssen sie den BRD-Imperialismus nehmen – eine andere beeindruckende und reiche Macht bietet sich gerade nicht an.

Dann heißt's arbeiten, statt sozialistischen Schliendrian, und arbeitslos sein, wenn nötig. Dann heißt's reale Mieten und Preise zahlen und hinterher nachzählen, was für den sagenhaften Konsum des Westens übrigbleibt. Dann heißt's Steuern berappen und in der Bundeswehr das Kriegspolizei lernen. Die Herstellung der Supermacht Deutsch-Europa ist nämlich ein sehr anspruchsvolles Programm. Nur wer das nicht will, hat Argumente gegen die Rechten.

Sozialismus machen oder dem BRD-Imperialismus dienen – eine größere Auswahl ist im Angebotskatalog der politischen Systeme leider gerade nicht vorrätig!

München, 10. 1. 1990 Dr. Peter Decker
Marxistische Gruppe, BRD

Dr. Peter Decker ist der Mitverfasser des Buches:

Peter Decker/Karl Held
Abweichende Meinungen zur „deutschen Frage“

DDR kaputt – Deutschland ganz
Eine Abrechnung mit dem „Realen Sozialismus“ und dem Imperialismus deutscher Nation.

Resultate Verlag; erhältlich durch Direktbestellung bei MHB-GmbH, Amalienstraße 67/Rgb., 8000 München 40, und gegenwärtig im Buchhandel der DDR.

Wissenschaftler verlangen: Berufungen aussetzen!

Offener Brief an den Minister für Bildung

An der Technischen Universität Dresden haben wir uns als Initiativgruppe von Wissenschaftlern aus verschiedenen Sektionen zusammengefunden und uns zum Ziel gesetzt, die Ursachen für den großen Verlust an Ansehen und Wirksamkeit unserer Universität zu analysieren und Vorschläge für praktisch wirkungsvolle Schritte zu einer Verbesserung der Situation zur Diskussion zu stellen. Die Ursachen der negativen Entwicklung unserer Universität erkennen wir vor allem in der Bevormundung durch die SED, die von falschen und ideologisch einseitigen Prinzipien ausgehend jede freie Wissenschaftsentwicklung unmöglich gemacht hat. Eine Schlüsselrolle hat dabei die Kader- und Berufungspolitik gespielt, durch die seit der 3. Hochschulreform fast ausnahmslos nur noch Mitglieder der SED zu Hochschullehrern berufen wurden. Die negativen Auswirkungen einer solchen verfehlten Berufungspolitik sehen wir in dreierlei Hinsicht:

1. Viele fähige Wissenschaftler, insbesondere solche mit hohen ethischen Ansprüchen, die nicht bereit waren, sich dem Parteidiktat willenlos unterzuordnen, waren von der beruflichen Entwicklung ausgeschlossen und sind damit unserem Wissenschaftspotential verlorengegangen.

2. Andere fähige Wissenschaftler wurden dazu geführt, um ihrer beruflichen Entwicklung willen gegen ihre innere Überzeugung alle geforderten politischen Bedingungen zu erfüllen. Sie haben damit zumindest einen Teil ihrer persönlichen Integrität eingebüßt und wurden in ihrem Berufsethos, zu dem ja die absolute Wahrheitsliebe gehört, schwer geschädigt. So sind sie auch der Möglichkeit beraubt worden, für die akademische Jugend nicht nur wissenschaftliches, sondern auch moralisches Vorbild zu sein.

3. Es haben aber auch nicht wenige Wissenschaftler, die die für einen Hochschullehrer erforderliche fachliche Kompetenz und persönliche Ausstrahlung in keiner Weise besitzen, die Möglichkeit genutzt, über eine Parteikarriere oder als Gegenleistung für geheimdienstliche Tätigkeit Positionen zu erlangen, die ihnen nicht zukommen. Außer der gefährlichen Auswirkung auf die ihnen anvertrauten Schüler hatte dies mitunter auch noch zur Folge, daß sie in ihrem Einflußbereich talentierte Kräfte unterdrückt haben, um sich unliebsamen Vergleichen nicht stellen zu müssen.

Es besteht die große Gefahr, daß sich die Universität nicht aus sich selbst heraus erneuern kann, auch wenn der Püh-

rungsanspruch der SED formal längst beiseite ist, da sich im Laufe der Jahre ein enges Netz von Verflechtungen herausgebildet hat, beispielsweise bei der gegenseitigen Erstellung von Gutachten für Graduirungsarbeiten oder Berufungsvorschlägen. Das auf die Erhaltung der vorhandenen Strukturen und Machtverhältnisse ausgerichtete alte Denken bekommen wir bis heute noch in vieler Hinsicht zu spüren. Deshalb haben wir große Bedenken, daß auch jetzt noch – sozusagen in letzter Minute – Berufungen erfolgen, die auf nach alten „Strickmestern“ entstandenen Vorschlägen beruhen. Wir bitten Sie deshalb dringend, alle Berufungen ab sofort vorläufig auszusetzen, bis eine neue Berufungsordnung eingeführt worden ist.

An eine neue Berufungsordnung stellen wir folgende grundsätzliche Anforderungen:

1. Öffentliche Ausschreibung aller neu zu besetzenden Hochschullehrerstellen und gleiche Behandlung aller Bewerber, die die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen.

2. Öffentliche Vorstellung aller Bewerber in einem wissenschaftlichen Kolloquium, in dem über die bisherige wissenschaftliche Arbeit berichtet wird und die Pläne für die zukünftige Lehr- und Forschungsarbeit an der Universität zur Diskussion gestellt werden. Erst danach kann ein Berufungsvorschlag erfolgen.

Darüber hinaus halten wir es aufgrund der derzeitigen Situation im Hochschulwesen für notwendig, in die Entscheidung über einen Berufungsvorschlag alle Mitarbeiter ab 2. akademischen Grad mit einzubeziehen, die unter der Leitung des zu Berufenden arbeiten sollen.

Uns ist bekannt, daß Sie bereits im Dezember 1989 auf einen Brief mit einem ähnlichen Anliegen geantwortet haben, der von einer Gruppe des Neuen Forums an der TU Dresden an Sie gerichtet worden ist. In Ihrer Antwort haben Sie dort auf eine nochmalige Überprüfung der Kandidatenvorschläge durch die Wissenschaftlichen Räte an der Universität verwiesen. Wir müssen davon ausgehen, daß es zur Zeit wegen der noch bestehenden alten Strukturen nicht möglich ist, zuverlässig zu sichern, daß Hochschullehrer nur noch nach den Prinzipien der fachlichen Kompetenz und der persönlichen Integrität ausgewählt werden. Andererseits brauchen wir nach unseren Erfahrungen nicht zu befürchten, daß durch eine zeitweilige Aussetzung von Berufungen für einen Zeitraum von beispielsweise einem Jahr die Lehr- und Forschungstätigkeit an unserer Universität beeinträchtigt wird.

Initiative von Wissenschaftlern an der TU Dresden